



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Perspektive
Berufsabschluss



Perspektive Berufsabschluss

Ein Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung



NEWSLETTER

Nr. 2 | Mai 2009

Impressum	2
Vorwort	3
Augenblick mal ...	4
Auf den Punkt gebracht! Überlegungen zu den Datengrundlagen für das BMBF-Programm „Pers- pektive Berufsabschluss“	5
TITELTHEMA I Datenerhebungen zur Diagnose des Übergangs- geschehens auf regio- naler Ebene	8
TITELTHEMA II Nachqualifizieren nach Bedarf	13
Schlaglichter aus den Vorhaben BNN, Bremen	20
RÜM, Nürnberg	23
ZWH, Düsseldorf	26



IMPRESSUM

Herausgeber: Projektträger im DLR (PT-DLR) für das Programm
Perspektive Berufsabschluss des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung (BMBF).
Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn
Telefon: 0228 3821-322, Telefax: 0228 3821-323
Internet: www.perspektive-berufsabschluss.de

Bestellungen: Tel.: 01805 2623-02, Fax: 01805 2623-03
(14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz)
oder per E-Mail: books@bmbf.bund.de

ISSN 1863-8384

Ausgabe 1/2009, 2. Jahrgang, Heft 2
Bonn, Mai 2009

Text- und Bildredaktion: Andrea Suhr, Deutsches Zentrum für Luft- und
Raumfahrt e. V. (DLR), Projektträger im DLR (PT-DLR), Bonn

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe: Dr. Holger Alda, Dr. Beate
Kramer, Dominique Dauser, Natascha Knoll, Ursula Krings, Ralf Kuhnke,
Dr. Hans-Dieter Metzger, Peter Munk, Dr. Birgit Reißig, Herbert Rüb, Eva
Schweigard, Birgit Spindler, Andrea Suhr

Gestaltung: ziller design,
Mülheim an der Ruhr

Herstellung: Richard Thierbach Buch- und Offset-Druckerei,
Mülheim an der Ruhr

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ wird aus Mitteln des Bundes-
ministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozial-
fonds der Europäischen Union gefördert. Durchgeführt wird das Programm
vom Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.



Deutsches Zentrum
für Luft- und Raumfahrt e.V.
Projektträger im DLR



EUROPÄISCHE UNION

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Peter Munk, BMBF



die Situation am Ausbildungsstellenmarkt hat sich im Jahre 2008 erfreulich entwickelt. Der kürzlich veröffentlichte Berufsbildungsbericht 2009 konnte eine positive Bilanz bei der Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung ziehen. Erstmals seit vielen Jahren gab es ein Plus an freien Ausbildungsstellen im Verhältnis zu noch nicht vermittelten Ausbildungsplatzbewerbern und -bewerberinnen. Für die Zielgruppen des BMBF-Strukturprogramms „Perspektive Berufsabschluss“ bedeutet dies eine wesentliche Verbesserung ihrer Chancen auf einen Berufsabschluss.

Es bleibt aber weiterhin eine wichtige Aufgabe, nachhaltige Strukturen zu schaffen, die bei unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklungen auch Jugendlichen mit schlechteren Startchancen Perspektiven auf einen Berufsabschluss eröffnen. Gerade die aktuelle wirtschaftliche Situation unterstreicht die Dringlichkeit dieser Aufgabe.

Die beteiligten Vorhaben im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ arbeiten mittlerweile rund ein Jahr in ihren Regionen. Erste Konturen regionaler Strukturen für eine effektive Kooperation und Koordination vor Ort sowohl am Übergang Schule in Ausbildung als auch in der abschlussorientierten modularen Nachqualifizierung werden sichtbar. Die Jahrestagung 2009 des Programms wird am 27. und 28. Mai 2009 eine erste Standortbestimmung vornehmen und die vorliegenden Erfahrungen im Kontext der aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen spiegeln.

Schwerpunkt in dem vorliegenden zweiten Newsletter ist das Thema Datengrundlagen. Eine solide Datenbasis und die Etablierung eines professionellen Datenmanagements kristallisieren sich als wesentliche Grundlagen für die Schaffung verlässlicher Strukturen in allen beteiligten Programmvorhaben heraus. Sie sind die Voraussetzungen, um den konkreten Handlungsbedarf in den Regionen ermitteln zu können und dadurch weitere Schritte in der Projektarbeit systematisch mit den relevanten Informationen zu unterfüttern. Die wissenschaftlichen Begleitungen der beiden Förderinitiativen im Programm „Perspektive Berufsabschluss“, durchgeführt vom Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI) München/Halle und dem Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH (f-bb) Nürnberg, stellen in ihren Beiträ-

gen ihre ersten Ergebnisse und Erfahrungen nach einjähriger Beobachtung und Beratung der Programmvorhaben vor.

Es zeigt sich, dass erfolgreiches regionales Übergangsmangement nur gelingen kann, wenn ein umfassendes Bild zur Übergangssituation von Jugendlichen gezeichnet werden kann und die Wege der jungen Menschen von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit unabhängig von Einzelzuständigkeiten der beteiligten Akteure übergreifend dokumentiert werden. Das erfordert Verfahren, die die Wege aller Jugendlichen differenziert abbilden. Die theoretischen Erkenntnisse sind weitgehend vorhanden, was fehlt ist eine breite, flächendeckende Umsetzung in die Praxis der Regionen. Hierfür leisten die 27 Projektvorhaben der Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmangement“ wertvolle Entwicklungsarbeit.

Ebenso klar steht die Forderung, dass Unternehmen eine langfristig angelegte berufsbezogene Qualifizierung angelernter Beschäftigter bis hin zum Berufsabschluss nur umsetzen können, wenn regional auch ein bedarfsgerechtes Angebot an Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereitgehalten wird. Hierzu sind systematische Bedarfsanalysen erforderlich, die regionale und spezifische Interessenslagen transparent machen. Die 22 Projektvorhaben der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ können hierzu kein Allroundkonzept bieten, sondern Good Practice Erfahrungen unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten, die für andere Regionen nachvollziehbar aufbereitet werden. Das f-bb berichtet hier über den Stand der Entwicklung in den Programmvorhaben.

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ ist Teil einer umfassenden Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Es trägt mit seinen Arbeiten und Untersuchungsergebnissen zur Umsetzung der Ziele der Qualifizierungsinitiative ebenso bei wie zur Umsetzung der Ziele des Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Peter Munk

Leiter des Referats
„Jugendliche mit schlechteren Startchancen;
Innovationen in der beruflichen Bildung“
im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Augenblick mal ...



... ist Ihnen schon das neue Design aufgefallen?

Mit dieser Ausgabe liegt Ihnen nun der erste Newsletter im neuen Programmdesign vor. Zusammen mit der neuen optischen Form hat der Newsletter nun auch seine endgültige inhaltliche Struktur bekommen. So finden Sie außer den bereits bekannten Titelthemen I und II einige neue Rubriken, in denen neben unseren wissenschaftlichen Begleitungen auch Gastautoren sowie Vertreterinnen und Vertreter der Programmvorhaben zu Wort kommen. Den



Anfang macht in dieser Ausgabe Dr. Holger Alda. Als Leiter des Forschungsdatenzentrums beim Bundesinstitut für Berufsbildung ist er der geeignete Fachmann für den vorliegenden Newsletter, denn hierin dreht sich diesmal alles um die Titelthemen Datengrundlagen und Datenbeschaffung.

Von ihren Ausgangsvoraussetzungen vor Ort und der geplanten Beschaffung von relevanten Basisdaten berichten die Projektleitungen des Bremer Netzwerkes Nachqualifizierung und des Regionalen Übergangsmanagements Nürnberg in dieser Ausgabe.

Außerdem stellt die Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk ihr Begleitvorhaben vor, mit dem es die regionalen Vorhaben der Förderinitiative 2 zu Fragen der Zulassung zur Externenprüfung unterstützt.

„Perspektive Berufsabschluss“ ist ein Strukturprogramm. Es wendet sich nicht direkt an Jugendliche und junge Erwachsene, sondern will durch Netzwerkbildung auf regionaler Ebene Förderangebote bekannt und besser nutzbar machen, damit sich die Chancen der jungen Menschen auf einen Berufsab-

schluss erhöhen. Zwischen den dabei anfallenden Abstimmungs- und Koordinierungsprozessen und den vielen Meetings mit Arbeitsämtern und ARGEn, Kammern und Kommunen, Schulen und Schulbehörden laufen die Akteure daher manchmal Gefahr, die eigentliche Zielgruppe von „Perspektive Berufsabschluss“ aus den Augen zu verlieren. Damit Ihnen das beim Lesen unseres Newsletters nicht auch passiert, haben wir viele Fotos von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Texte gestreut, die Sie immer wieder daran erinnern sollen, für wen wir alle arbeiten.

Diese und weitere Amateurmodelle sind die neuen Gesichter unseres Programms. Entstanden sind die Bilder in unserem Fotostudio am BMBF-Stand auf der Bildungsmesse „Didacta“ in Hannover. Unter dem Motto „Gib der Perspektive (D)ein Gesicht!“ haben wir dort in der Zeit vom 11.-14. Februar 2009 über 120



junge Leute vor die Linse bekommen. Sie alle werden Ihnen nicht nur in diesem und den folgenden Newslettern, sondern auch in unseren kommenden Flyern, auf Postern oder unseren Internetseiten immer wieder begegnen.

Somit wünsche ich Ihnen nicht nur viel Spaß beim Lesen sondern auch beim Betrachten der Fotos!

Herzlichst

Andrea Suhr

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
für „Perspektive Berufsabschluss“
beim Projektträger im DLR

Auf den Punkt gebracht!



Überlegungen zu den Datengrundlagen für das BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“

von Holger Alda

Für eine Darstellung der regionalen Rahmenbedingungen, in die die Vorhaben des BMBF-Förderprogramms eingebettet sind, sind statistische Informationen erforderlich. Diese sollen mit dazu beitragen, die örtlichen Gegebenheiten innerhalb einzelner Förderregionen zu beschreiben, denn die Chancen von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf eine Ausbildungsstelle hängen neben den persönlichen (sozialen) Rahmenbedingungen von vielfältigen anderen Faktoren ab, etwa mit wie vielen anderen jungen Leuten sie um wie viele und welche Ausbildungsplätze konkurrieren.

Bei der Erschließung von Datengrundlagen im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ geht es demnach um eine Berichterstattung über die Einmündung junger Menschen in das Berufsleben unter besonderer Berücksichtigung der Struktur der Zu- und Abgänge sowie der in dieser Lebensphase stattfindenden (Übergangs-)Prozesse. Hierfür sind Daten verschiedener Institutionen notwendig, die auf der regionalen Ebene zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden. Nachfolgend sind einige dieser Institutionen und mögliche interessierende Sachverhalte aufgelistet:

- > **Allgemeinbildende Schulen:** Neben dem Bestand und den Zu- und Abgängen nach Schultypen ist es für ein Übergangsmangement von Interesse, welche Kenntnisse/Kompetenzen den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden, welche Berufswünsche und -vorstellungen sie haben, inwiefern Wirtschaft und Berufsberatung in Schulen präsent sind, wie die Sozialstruktur der Jugendlichen ist oder aber auch, welche (Verkehrs-)Infrastruktur vor Ort gegeben ist.
- > **Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen:** Als Indikatoren für ein regionales Berichtssystem kommen unter anderem die Anzahl der angebotenen Ausbil-

dungsberufsbilder, deren Anforderungsprofile, die Übernahmechancen nach der Ausbildung, die Bewerberqualität oder die Bereitschaft zur Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen in Frage.

- > **Berufsberatung, Sozialverbände, ARGEn u. ä.:** Diese erscheinen besonders geeignet, Informationen über die Struktur des (regionalen) Übergangssystems, deren Gründe sowie der Zu- und Abgangsquoten und deren Ursachen zusammenzutragen.

Die aufgelisteten exemplarisch genannten Indikatoren leiten sich aus inhaltlichen Überlegungen zum Programm „Perspektive Berufsabschluss“ ab.

Daneben sind aber auch Fragen eher allgemeiner Art zu klären, mit denen sich alle Arten regionaler Berichtssysteme auseinandersetzen müssen. So ist es



etwa eine Frage, wie eine inhaltliche Kohärenz zwischen den einzelnen regionalen Berichtsansätzen bei einer gleichzeitigen Betonung regionaler Disparitäten erreicht werden kann. Das lässt sich etwa erreichen, indem ein „Kranz“ an gemeinsamen Indikatoren mit zusätzlichen regionalspezifischen Vertiefungsthemen und empirischen Untersuchungsergebnissen angereichert wird. Daran anschließend ist zu fragen, wie die Datengenerierung vor Ort verläuft beziehungsweise ob es – etwa aufgrund bereits bestehender Berichtsansätze – überhaupt notwendig ist, eigene Daten zu erheben. Schließlich ist auch

eine Verständigung darüber herbeizuführen, was die Kernprozesse sind, die mit den empirischen Daten abgedeckt und näher beleuchtet werden sollen.

Sofern eine inhaltliche Verständigung über die empirisch abzubildenden Sachverhalte erfolgt ist, tauchen einige weitere, vielleicht eher technische Fragen auf, die aber für eine Datengewinnungsstrategie nicht zu vernachlässigen sind. So stellt sich etwa die Frage nach der „richtigen“ regionalen Einheit. Soll diese zwischen den einzelnen (Modell-) Regionen konstant sein? Dann ist zu klären, ob einzelne Indikatoren in städtischen Gebieten das Gleiche aussagen wie in ländlichen. Bei der Datengenerierung ist außerdem zu klären, ob dies auf einer Primär-, Sekundär- oder Auftragsauswertung basieren soll. Diese stellen jeweils unterschiedliche Anforderungen an die vor Ort vorhandenen Ressourcen, sei es nun monetärer und/oder personeller Art. Schließlich ist zu klären, ob mit den Daten „lediglich“ einzelne Querschnitte (Beobachtungzeitpunkte), inhaltlich harmonisierte Zeitreihen



oder gar Längsschnittbetrachtungen unter Konstanthaltung der Personenebene abgebildet werden sollen (oder können).

Grundsätzlich sind zwei Arten von Daten zu unterscheiden: Umfragedaten und prozessproduzierte Daten. Im vorliegenden Fall kommen Umfragedaten – wenn überhaupt – eher selten infrage, denn bei Umfragedaten handelt es sich in aller Regel um Stichproben, die überregional gezogen werden. In der praktischen Konsequenz ergeben sich selbst bei größten Umfragen Fallzahlenprobleme. In Deutschland ist die von den Fallzahlen her größte Umfrage der Mikrozensus. In ihm werden jährlich

etwa 600 000 Personen befragt. Zwar lassen sich mit dem Mikrozensus auf der Kreisebene repräsentative Ergebnisse erzielen, aber dies gilt oftmals nicht mehr für spezifische Personengruppen, denn diese stellen ja in einer Stichprobe nur einen – oftmals geringen – Teil der gesamten Zielpopulation dar. Eine speziell auf die Teilpopulation zielende Umfrage kann solche Probleme prinzipiell lösen, stellt aber einen gewissen Aufwand dar und verursacht nicht unerhebliche Kosten.

Prozessproduzierte Daten haben eher keine Fallzahlenprobleme, da es sich in der Regel um Vollerhebungen handelt. Bezogen auf den Untersuchungsgegenstand könnten die folgenden Datenquellen genutzt werden:

- > Schulstatistiken der Länder;
- > Daten der Berufsbildungsstatistik;
- > Daten der Bundesagentur für Arbeit (etwa Kreisreporte);
- > Daten der Kammern (Industrie, Handel, Handwerk).



Mit solchen Daten lässt sich der regionale Kontext beschreiben, teilweise dürften sich auch inhaltlich interessierende Prozesse abbilden lassen.

Prozessproduzierte Daten sind allerdings nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten. Oft handelt es sich um bereits „vorgefertigte“ Aggregatdaten auf der Kreis-/Gemeindeebene (bzw. in Kammerbezirken), die als Querschnitt vorliegen und im günstigen Fall zu Zeitreihen verbunden werden können. Spezielle auf das BMBF-Programm zugeschnittene inhaltliche Anpassungen der ausgewiesenen Sachverhalte lassen sich so vielleicht nicht direkt abbilden, aber zusätzlich zur Sekundärverwendung solcher



Datenkränze könnten Sonderauswertungen bei den Daten haltenden Institutionen in Auftrag gegeben werden. Mögliche Probleme dabei sind etwa Reidentifikationsrisiken oder eventuell lange Wartezeiten, weil beispielsweise die Kompetenzen zur Datenauswertung in den angesprochenen Institution nicht vorhanden sind oder die Zustimmung der Bundesländer/Kammerbezirke notwendig wird.

Inhaltlich ist zu bedenken, dass prozessproduzierte Daten oft lediglich Fälle und nicht Personen zählen (etwa bei der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge oder den vorzeitigen Vertragslösungen). Unklar bleibt dann, ob es sich dabei immer um unterschiedliche Personen handelt, oder ob einige Jugendliche nicht vielleicht mehrfach eine Ausbildung abbrechen und wieder neu aufnehmen. Hinzu kommt, dass prozessproduzierte Daten nur den Bereich der jeweiligen Institutionenlogik erfassen und eine ganzheitliche und regionalisierte Betrachtung von Übergängen mit nur einer Datenquelle in Deutschland derzeit und in naher Zukunft wohl nicht im wünschenswerten Umfang möglich ist.

Das Dilemma bei den Datengrundlagen ist also, dass eigentlich nur Umfragedaten das Übergangsgeschehen in den wichtigsten Facetten und Dimensionen adäquat abbilden können, aber nur prozessproduzierte Daten eine tiefgehende Regionalisierung erlauben. Um dies aufzulösen, erscheint eine jeweils regionalspezifische Kombination der Nutzung der folgenden Arten von Datengrundlagen am ehesten Erfolg versprechend:

- > Datenbestände der Statistischen Landesämter;
- > Vertiefende Untersuchungen etwa von Längsschnittfragestellungen nur in ausgewählten Regionen;

- > Durchführung eigener Erhebungen;
- > Auswertung beziehungsweise Erhebung der Daten beispielsweise durch Kommunen oder Kammerbezirke.

Bei einer Kombination dieser Datenquellen für ein regionales Berichtssystem ist natürlich wünschenswert, dass sich die Ergebnisse aus verschiedenen Datenquellen inhaltlich aufeinander beziehen lassen. Daher ist eine gewisse inhaltliche Kompatibilität der einzelnen Datenbestände herzustellen, die sehr leicht zu Sonderauswertungen führen kann. Wichtig erscheint daher auch, dass die verschiedenen beteiligten Institutionen eine gewisse Bereitschaft an den Tag legen, entsprechende Anliegen zu unterstützen. Hier wiederum könnte der regionale Fokus ein Vorteil sein, denn kommunale Schlüsselakteure dürften sich oft zumindest direkter ansprechen lassen als das auf der Länder- oder Bundesebene erfolgen kann. Gleichzeitig würde mit der abgestimmten Bereitstellung entsprechender statistischer Information eine gewisse Unterstützungsbereitschaft für den in der jeweiligen Region angesiedelten Teil des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ signalisiert.



Ansprechpartner

- > **Dr. Holger Alda**
E-Mail: alda@bibb.de

Bundesinstitut für Berufsbildung
www.bibb.de

TITELTHEMA I

Datenerhebungen zur Diagnose des Übergangsgeschehens auf regionaler Ebene

von Ralf Kuhnke und Birgit Reißig

Der Weg Jugendlicher von der Schule ins Arbeitsleben – insbesondere der Weg von Jugendlichen, die die allgemeinbildenden Schulen am Ende der Sekundarstufe I verlassen und anschließend eine Berufsausbildung aufnehmen



Dabei haben wir die paradoxe Situation, dass eigentlich kein Mangel an Förder- und Unterstützungsangeboten herrscht, sondern dass es in den Schulen und zwischen Schule und Berufsausbildung vielfältige Förderangebote gibt, um auf Seiten der Jugendlichen bestehende Defizite auszugleichen und ihre Voraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung zu verbessern. Das Paradox besteht darin, dass diese Vielfalt von Angeboten selbst zum Problem wird, wenn sie die Wege der Jugendlichen ins Arbeitsleben nicht nur verlängert, sondern auch erschwert.

Der Nationale Bildungsbericht liefert dazu eine allgemeine Diagnose: „Die Probleme des Übergangssystems an der Schwelle vom Sekundarbereich I zur beruflichen Ausbildung sind vor allem Probleme der Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss [...]. Die Einmündungsprozesse dauern relativ lange und sind für größere Anteile von Jugendlichen selbst anderthalb Jahre nach Schulende noch immer nicht von Erfolg gekrönt. [...] Die Phase des Übergangs in eine Ausbildung hat sich für Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss besonders stark ausgedehnt und verzögert für die Mehrheit dieser Jugendlichen den Eintritt in Beschäftigung bis über das 20. Lebensjahr hinaus.“ [Autorengruppe Bildungsbe-

wollen – ist durch zahlreiche Hindernisse erschwert. Je ungünstiger die Bildungsvoraussetzungen von Jugendlichen sind, desto komplizierter sind die Wege, die sie gehen müssen, bis sie eine Berufsausbildung beginnen können.



richterstattung 2008, Gaupp/Lex/Reißig/Braun, 157-169, hier: 164-165, 2008.]

Bundesweite Diagnosen lassen sich nicht auf die lokale Ebene herunterrechnen

Damit wissen wir allerdings noch nichts über die Situation in der einzelnen Kommune beziehungsweise im einzelnen Landkreis. Vielmehr müssen wir mit sehr unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten rechnen:

Erstens ist durch unterschiedliche bildungspolitische Schwerpunktsetzungen der Länder das allgemeinbildende Schulwesen sehr unterschiedlich ausgestaltet und ausgebaut.

Zweitens fallen stärker noch als zwischen den Ländern die Unterschiede im Ausbau des allgemeinbildenden Schulwesens zwischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen aus.

Drittens gibt es erhebliche regionale Unterschiede im Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen.

Und viertens gleichen die einzelnen Bundesländer in sehr unterschiedlicher Weise den Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen durch außerbetriebliche und schulische Qualifizierungsangebote aus.



Es ist daher nicht möglich, bundesweite oder länderspezifische Diagnosen auf die kommunale und Kreisebene herunterzurechnen. Bildungspolitische Entscheidungen, wirtschaftsstrukturelle Bedingungen und demographische Entwicklungen überlagern sich in so komplexer Weise, dass ohne eine gezielte Diagnose vor Ort der spezifische Handlungsbedarf nicht festgestellt werden kann. Lokale Problemdiagnosen sind also notwendig.

Indikatoren für lokalen Handlungsbedarf können sein:

- > Eine große Zahl von Jugendlichen weiß wenige Monate vor Ende der Pflichtschulzeit noch nicht, wie ihre Anschlüsse aussehen werden;
- > Eine große Zahl von Jugendlichen muss sich nach Verlassen der Schule wieder neu orientieren, weil angestrebte Anschlüsse nicht zustande kommen;
- > Jugendliche „verschwinden“ trotz Berufsschulpflicht nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule;
- > Jugendliche müssen zwischen Schule und Ausbildung langwierige und komplizierte Wege gehen;
- > Jugendliche ziehen sich aus Beratungs- und Betreuungsangeboten zurück, ohne dass Informationen über gelungene Anschlüsse vorliegen;
- > Jugendliche brechen Bildungs- oder Ausbildungsgänge ab.

Die verfügbaren statistischen Daten sind in der Regel Querschnittsdaten. Um Jugendliche auf dem Weg von der Schule in Ausbildung und Arbeit unterstützen zu können, werden Daten benötigt, die geeignet sind, Wege zu identifizieren, die sich als erfolgreich erweisen, Wege zu ermitteln, die Sackgassen und Umwege darstellen, Wege zu erkennen, die mit dem Risiko verbunden sind, dass der Übergang in Ausbildung und Arbeit misslingt und die Jugendlichen im beruflichen und sozialen Abseits landen.

Verlaufsdaten zu erheben, auszuwerten und zu interpretieren ist ein anspruchsvolles Unternehmen. Dabei kann schnell ein so hoher Grad an Komplexität und Vollständigkeit angestrebt werden, dass der damit verbundene Aufwand eher abschreckt als dazu ermutigt, Problemdiagnosen zu erarbeiten, die den Ausgangspunkt für regionales Übergangsmangement bilden können. Darum wird hier dargestellt, wie mit weniger komplexen und aufwendigen

Verfahren Einblicke in das lokale Übergangsgeschehen gewonnen werden können.

Diagnosen in der Schule beginnen

Sinnvollerweise sollten Diagnosen bei den Schülerinnen und Schülern beginnen, die sich am Ende der Sekundarstufe I für ihren weiteren Bildungs- und Ausbildungsweg neu orientieren müssen. Hier können wichtige Basisinformationen mit überschaubarem Aufwand und einfachen Verfahren gewonnen werden, weil hier noch fast alle Jugendlichen beisammen sind, bevor sie sich später auf sehr unterschiedliche Wege verteilen. Von „fast allen Jugendlichen“ ist die Rede, weil trotz Schulpflicht Schulverweigerer oder Abbrecher (sogenannte Frühabgänger) in der Regel in den Abschlussklassen der Schulen nicht mehr auftauchen. Dies sind aber auch die Jugendlichen, deren Übergang in Ausbildung in besonderer Weise gefährdet ist.



Diagnosen, die bei den Schülerinnen und Schülern beginnen, können sowohl in einzelnen Schulen ansetzen aber auch Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung mehrerer oder aller Schulen eines Landkreises oder einer Kommune sein. In vielen Schulen ist das Interesse groß, mehr über die Ausgangssituation ihrer Schülerschaft für die anstehenden Übergänge zu wissen. Insofern kann auf Engagement und Kooperationsbereitschaft gezählt werden.

Die Erhebung von Daten zu einem Zeitpunkt, zu dem die Jugendlichen sich noch in der Schule befinden, ist relativ unaufwendig. In der Regel schreiben

die Schulgesetze vor, dass ein Einverständnis der Eltern für die Teilnahme ihrer Kinder an einer Befragung vorliegen muss. Die meisten Eltern begrüßen es, wenn sich die Schule (oder der Landkreis beziehungsweise die Kommune) um die Frage kümmert, wie ihren Kindern der Übergang am Ende der Sekundarstufe I gelingen kann.

Die Befragung der Jugendlichen kann im Klassenverband vorgenommen werden. Bei Jugendlichen, die zum Befragungstermin (entschuldigt oder unentschuldigt) fehlen, sollte nachgefasst werden. Möglicherweise sind es diejenigen, die beim Übergang einer besonderen Unterstützung bedürfen.

Die Fragen müssen klar und verständlich formuliert sein. Dann sind sie auch von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu bewältigen. Für die Entwicklung eines Erhebungsinstruments gibt es erprobte Vorbilder [siehe Abbildung], auf die zurückgegriffen werden kann. Wichtig ist es, sich zu beschränken, selbst wenn es viele Fragen gibt, die „auch noch interessant“ wären. Wird der Fragebogen zu lang, wird er von den Jugendlichen nicht vollständig beantwortet. Und die Auswertung wird aufwendig.

Wichtige Fragenkomplexe können sein:

- > Was planen die Jugendlichen für die Zeit nach dem Ende des laufenden Schuljahres (z. B. weiter zur Schule gehen, Berufsausbildung, Berufsvorbereitung, arbeiten)?
- > Was sind spezifische Berufswünsche?
- > Haben die Jugendlichen schon Zusagen von Betrieben oder Schulen?
- > Wer sind wichtige Ratgeber der Jugendlichen für Bildungs- und Berufslaufbahnentscheidungen? Aber auch: Haben die Jugendlichen überhaupt Ratgeber?
- > Nehmen sie Leistungen der Berufsberatung in Anspruch?
- > Haben sie Betriebspraktika absolviert?
- > Haben sie sich schon beworben und wenn ja, wie oft?
- > Wie bewerten die Jugendlichen den Nutzen von Hilfen und Unterstützungsangeboten?

Wie ein Erhebungsinstrument formuliert und gestaltet sein kann, wird im Folgenden beispielhaft gezeigt.

The image shows the cover of a survey instrument. At the top, there are logos for 'DJI' (Deutsches Jugendinstitut) and 'RUM' (Rheinlandische Universität Mainz). Below the logos are three small photographs showing students in various settings: one in a classroom, one in a workshop, and one in a laboratory. The title 'Schule - und dann?' is prominently displayed in the center. Below the title, there is a section titled 'Du bist zu den Fragen mit' followed by a list of questions and a 'Beantwortet' status indicator. At the bottom, there are logos for 'ESF' (European Social Fund) and 'BMBWF' (German Federal Ministry of Education and Research).

Deckblatt des Erhebungsinstruments für Schülerbefragungen

Wenn die Erhebung nicht zu komplex angelegt ist, kann sie von Lehrkräften oder Fachkräften der Verwaltung, die über statistische Grundkenntnisse verfügen, in eigener Regie durchgeführt und ausgewertet werden. Bei der Durchführung der Erhebung und der Auswertung der Daten sollte möglichst fachliche Beratung in Anspruch genommen werden. Selbst eine kleine Erhebung bindet Engagement, Zeit und Energie aller Beteiligten und sollte darum auch gelingen! Je komplexer die Anlage der Befragung, und je größer die Zahl der befragten Schüler, desto mehr empfiehlt es sich, externe Fachleute heranzuziehen, etwa in Form einer Zusammenarbeit mit örtlichen Hochschulen.

Was kommt nach der Schule?

Nach Ende der Schulbesuchszeit verteilen sich die Jugendlichen auf unterschiedliche Wege: Sie beginnen eine Ausbildung. Sie gehen weiter zur Schule. Sie nehmen an einer Berufsvorbereitung teil. Sie werden arbeitslos. Benötigt werden Erhebungsverfahren, mit denen die Wege der Jugendlichen nach Ende der Schulzeit weiterverfolgt werden können.

Dafür haben Lehrkräfte bereits relativ einfache und wirksame Verfahren entwickelt: Sie verabreden mit ihren Schülerinnen und Schülern, dass diese sich zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückmelden, um zu berichten, wo, wie und warum sie angekommen sind. Die Rückmeldung kann brieflich mit einem

kurzen Fragebogen erfolgen. Wo Jugendliche sich nicht melden, wird telefonisch nachgehakt. Wenden alle Klassenlehrer von Abschlussklassen einer Schule dieses Verfahren an, so erhält die Schule ein relativ umfassendes Bild vom Verbleib ihrer Absolventinnen und Absolventen.

Verbindet man die Erhebungen zur Situation der Jugendlichen im letzten Schuljahr und in der Zeit nach der Schule miteinander, dann können Zusammenhänge zwischen den Plänen der Jugendlichen, den in Anspruch genommenen Unterstützungsleistungen und den erzielten Anschlüssen aufgeklärt werden.

Wege durch die beruflichen Schulen

Jugendliche, die nach Ende der allgemeinen Schulpflicht keine allgemeinbildende oder berufliche Vollzeitschule besuchen, unterliegen der Berufsschulpflicht. Die beruflichen Schulen sind insofern ein Ort, an dem Transparenz über die an die allgemeinbildende Schule anschließenden Wege hergestellt werden kann. Dafür müssen alle Jugendlichen erfasst werden, die in berufliche Schulen eintreten, und alle Veränderungen fortgeschrieben werden, die die Wege der Jugendlichen im System beruflicher Schulen nehmen. Die Wege könnten in einer Datenbank dokumentiert werden, in die Jugendliche sich (auf freiwilliger Basis) zum Ende ihrer allgemeinbildenden Schulzeit eintragen.

Wege in die betriebliche Berufsausbildung

Die allgemeine Schulpflicht endet nach neun oder zehn Schulbesuchsjahren. Das Durchschnittsalter beim Beginn einer Berufsausbildung liegt aber bei annähernd 19 Jahren. Das wirft die Frage nach den Wegen auf, die Jugendliche zwischen Pflichtschulbesuch und der Aufnahme der Berufsausbildung gehen. Um diese Wege aufzuklären, ist der Beginn der Berufsausbildung ein guter Zeitpunkt. Die Orte, an denen alle Jugendlichen zu Beginn ihrer Ausbildung erfasst werden, sind entweder die Kammern, bei denen alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge eingetragen werden, oder die beruflichen Schulen, bei denen alle Auszubildenden die fachtheoretischen Anteile ihrer Ausbildung vermittelt bekommen.

Kammern und berufliche Schulen haben also die Möglichkeit, die Zugangswege der Auszubildenden

in die Ausbildung systematisch und umfassend zu erheben. Die Grundlage einer solchen Befragung kann ein Erhebungsinstrument bilden, in das alle seit Ende des Pflichtschulbesuchs absolvierten Bildungsschritte (aber auch Zeiten außerhalb des Bildungssystems wie Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit, Elternzeiten, Wehr- und Zivildienst, Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen) in chronologischer Reihenfolge eingetragen werden.

Die Befragung kann in beruflichen Schulen im Klassenverband durchgeführt werden. Oder es kann ein Online-Instrument eingesetzt werden, in das Plausibilitätskontrollen eingearbeitet werden, die Fehlerquellen beseitigen (z. B. Angaben zu unterschiedlichen Bildungsgängen für denselben Zeitraum oder zeitliche Lücken zwischen Eintragungen). Ein weiterer Vorteil eines Online-Instruments liegt darin, dass eine Beantwortung der Fragen am Computer den Neigungen der Jugendlichen eher entspricht als das handschriftliche Ausfüllen eines Fragebogens.



Bei der Auswertung der Daten aus einer solchen Befragung sind die Anforderungen abhängig vom angestrebten Ertrag: Einfache Auswertungen (Ermittlung der Anzahl der absolvierten Stationen, Gesamtdauer des Übergangsverlaufs) sind mit einfachen statistischen Verfahren zu bewältigen und können bei Nutzung eines Online-Instruments automatisiert werden. Sollen aber Abfolgen von Übergangsschritten analysiert werden, so erfordert dies den Einsatz komplexer statistischer Verfahren. Dafür werden Fachkräfte mit Erfahrungen in der Analyse von Verlaufsdaten benötigt. Hier ist es in der Regel erforderlich, auf externes Knowhow zurückzugreifen.

Komplexe Verlaufsdiagnosen

Eine umfassende und integrierte Diagnose des lokalen Übergangsgeschehens erfordert den Einsatz von Verfahren, die alle an den Schulbesuch anschließenden Stationen möglichst aller Jugendlichen erfassen. Dazu werden, beginnend in der Schule, alle Schulabgänger in regelmäßigen zeitlichen Abständen zu ihren Wegen, der Einschätzung ihrer Situation und ihren weiteren Plänen befragt. Auf diese Weise werden Informationen darüber gewonnen, ob die Jugendlichen (subjektiv und objektiv) vorankommen, wie sie ihre Situation bewerten und welche Pläne sie daraus ableiten. Auf dieser Basis können Stationen, in denen Jugendliche effektiv gefördert werden, von Warteschleifen unterschieden werden, in denen nur Zeit überbrückt wird oder die Jugendlichen gar in ihren Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen behindert werden. Eine solche Diagnose ermöglicht, Konstellationen von Lebenssituationen der Jugendlichen und deren subjektiver Interpretation zu identifizieren, die für Bildungs- und Ausbildungsentscheidungen der Jugendlichen relevant sind: Entscheidungen über weitere Bildungsanstrengungen, aber auch über Ausstiege aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem.

Im Rahmen eines lokalen Übergangsmanagements liefert eine solche integrierte und umfassende Diagnose des Übergangsgeschehens die Daten über die Pläne und Wege von Schulabsolventinnen und -absolventen im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Damit können zeitnah Planungsdaten bereitgestellt und folgende Funktionen erfüllt werden:

- > Sie liefert Informationen über die Muster, in denen diese Übergänge der Jugendlichen verlaufen. Es wird geklärt, welche Wege erfolgreich sind, welche Wege sich als Umwege oder Sackgassen erweisen, auf welchen Wegen (und für welche Jugendlichen) ein erhöhtes Risiko des Ausstiegs aus dem Bildungssystem besteht und an welchen Stellen (und für welche Jugendlichen) ein besonderer Unterstützungs- und Förderbedarf besteht;
- > Sie liefert Informationen über die Wirksamkeit von Bildungsgängen, Angeboten und Maßnahmen. Indem die Wege der Jugendlichen durch die verschiedenen Bildungseinrichtungen und Förderangebote verfolgt werden, werden Informationen über die Effekte gewonnen, die diese für das Ge-



- lingen der Integration der Jugendlichen in Ausbildung und Erwerbsarbeit haben;
- > Sie liefert schließlich vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sowie der Abwanderung junger Menschen aus vielen ostdeutschen Regionen Erkenntnisse darüber, unter welchen Bedingungen Zwischenstationen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf Abwanderungsentscheidungen auslösen, weil Jugendliche sie als Ausdruck fehlender beruflicher Perspektiven in der Heimatregion wahrnehmen.

Die Durchführung einer solchen integrierten und umfassenden Erhebung ist von Kommunen oder Landkreisen in der Regel nicht aus eigener Kraft zu bewältigen; sie erfordert ein spezifisches fachliches Knowhow. Das Ergebnis sind umfassende Einblicke in das lokale Übergangsgeschehen, die eine Grundlage bilden für den Aufbau lokaler Monitoring-Systeme, die kontinuierlich und zeitnah steuerungsrelevante Informationen für regionales Übergangsmangement liefern.

Ansprechpartnerin und -partner

> **Dr. Birgit Reißig**
E-Mail: reissig@dji.de

> **Ralf Kuhnke**
E-Mail: kuhnke@dji.de

Deutsches Jugendinstitut e. V.
(Außenstelle Halle)
www.dji.de

TITELTHEMA II

Nachqualifizieren nach Bedarf



vom Autorenteam der Wissenschaftlichen Begleitung der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“

Auf den ersten Blick erscheint die Nachqualifizierung von An- und Ungelernten bei der gegenwärtigen Wirtschaftssituation als ein Zielkonflikt, denn der sich abzeichnende Konjunkturabschwung aufgrund der weltweiten Finanzkrise führt bereits zu ersten Beschäftigungsrückgängen und starken Auftragseinbrüchen in den exportorientierten Industriezweigen in Deutschland. Davon betroffen sind vor allem

die Automobil- und Elektrobranche mit ihren Zulieferbetrieben, aber auch regional bedeutende Branchen wie zum Beispiel die Hafengebiete in Bremerhaven. Die gegenwärtige Krise birgt jedoch auch Chancen in sich. So bietet beispielsweise Kurzarbeit für An- und Ungelernte günstige Bedingungen für den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses im Rahmen einer betrieblichen Nachqualifizierung.



Die Bundesregierung hat mit dem Konjunkturpaket II umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten für die Qualifizierung von beschäftigten Personen zur Verfügung gestellt und die Kampagne „Qualifizieren statt entlassen“ initiiert. Die bestehenden Förderangebote wurden erweitert, so dass jetzt die konjunkturellen Kurzarbeitszeiten für die Qualifizierung verwendet werden können. Aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit verdeutlichen, dass die Personenanzahl in der konjunkturellen Kurzarbeit in den letzten Monaten deutlich gestiegen und davon auszugehen ist, dass dieser Trend weiter anhält. Im Februar 2009 waren insgesamt rund 700 000 Personen von konjunktureller Kurzarbeit betroffen, während es im Dezember 2008 circa 300 000 Personen und im Dezember 2007 sogar nur 9 000 Personen waren. Die Verteilung der Personen in Kurzarbeit ist jedoch regional sehr unterschiedlich. So sind insbesondere die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Bremen



betroffen. Die aktuelle Entwicklung in diesen Regionen bietet den Vorhaben der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ die Chance, aktiv bei der Ausgestaltung von abschlussorientierten Qualifizierungsangeboten für An- und Ungelernte im Rahmen von Kurzarbeit mitzuwirken und mit ihrem Knowhow als eine unterstützende Schnittstelle zwischen Betrieb, Bildungsträger und Arbeitsagentur zu wirken.

An- und Ungelernte im Spiegel der Statistik

Grundlage für die Entwicklung eines regionalen Nachqualifizierungsangebots ist die Kenntnis über die aktuelle Situation von An- und Ungelernten auf dem Arbeitsmarkt, die Teilnahme an Externenprüfungen und die Beteiligung an betrieblichen oder beruflichen Weiterbildungsangeboten. Die Schwierigkeiten bei der Interpretation der unterschiedlichen Erhebungen liegen oftmals in der Eingrenzung der

Personengruppe der „An- und Ungelernten“. In der Arbeitsmarktpolitik zählen diejenigen als geringqualifiziert, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, deren beruflicher Abschluss auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr verwertet werden kann oder deren ausländischer Abschluss in Deutschland nicht anerkannt wurde, darunter auch akademische Abschlüsse. Die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten sind seit etwa Mitte der 90er Jahre bei Personen ohne beruflichen Abschluss konstant doppelt so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. 2005 waren 26 % der Personen ohne beruflichen Abschluss arbeitslos, während dies nur auf 12 % bei Personen mit Abschluss zutrifft.

An- und Ungelernte können durch den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses ihre Beschäftigungschancen nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt verbessern und ihre Beschäftigungsfähigkeit sichern. Seit längerer Zeit gibt es in Deutschland die Möglichkeit für Externe, sich zur Abschlussprüfung bei einer zuständigen Stelle (in der Regel die Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammern) anzumelden. Die Zulassung ist im Berufsbildungsgesetz beziehungsweise der Handwerksordnung geregelt. Voraussetzung für die Anmeldung ist, dass eine einschlägige Berufstätigkeit längere Zeit ausgeübt wurde oder die berufliche Handlungsfähigkeit anderweitig nachgewiesen werden kann. Trotz der Verbesserung der bisherigen Zulassungsregelungen zur Abschlussprüfung für Externe im Jahr 2005 liegt der Anteil an allen Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmern seit 1995 relativ konstant bei 7 % (vgl. Berufsbildungsbericht 2008). Insgesamt rund 29 000 Personen haben im Jahr 2006 an einer Externenprüfung teilgenommen. Im Bereich der Hauswirtschaft stellen Externe sogar rund ein Drittel aller Teilnehmenden an der Abschlussprüfung dar.

Bisher wurden diese Angaben nur in vereinzelt Handwerkskammern für den Ausbildungsbereich ausgewiesen, da hier meist die externen Prüflinge nicht gesondert gemeldet werden und daher nicht in den Teilnehmerzahlen an Abschlussprüfungen enthalten sind. Eine bundesweite Verbesserung der Datenlage ab dem Jahr 2008 ist allerdings zu erwarten. Wie dabei vorgegangen werden kann, wird im nebenstehenden Kasten exemplarisch am Beispiel der HWK Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld aufgezeigt.

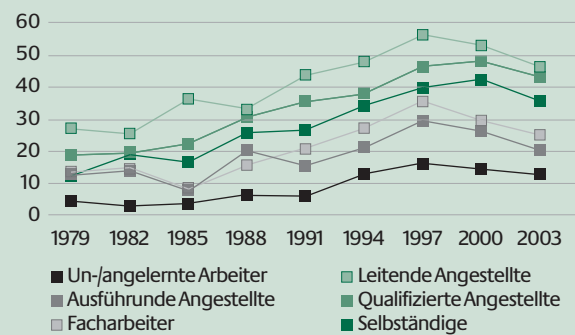
Vorgehen und Verbesserungen bei der Datenerhebung zur Externenprüfung – ein Vorhaben aus Nordrhein Westfalen

Die Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld erhebt Daten zu den Externenprüfungen im Kammergebiet seit in Kraft treten des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) im Jahre 1969. Zwischen 1969 und 1984 erfolgte die Datenerfassung auf der Basis von Karteikarten, seit 1984 auf elektronischem Wege. Aufgrund des elektronischen Verfahrens kann nachvollzogen werden, wie viele Anträge auf Zulassung zur Externenprüfung nach §45 (2) BBiG seit 1984 gestellt wurden und wie viele Prüfungen erfolgreich absolviert wurden. Um eine noch aussagekräftigere Datenlage zu erreichen, wurden kammerinterne Erfassungsverfahren verbessert und außerdem Gespräche mit den Kreishandwerkerschaften (KHn) geführt. Die kammerinternen Prozesse stellen sicher, dass unter der entsprechenden Abfragekategorie relevante Angaben erfasst werden, die die externen Gesellen- und Abschlussprüfungen gem. §37.2 HwO bzw. 40.2 BBiG betreffen. Parallel wurden die vorhandenen Informationen ab dem Jahre 2004 geprüft und in konkreten Fällen nachbearbeitet. Anlässlich des Arbeitskreises „Kreishandwerkerschaft Sachbearbeiter-tagung-Prüfungswesen“ der Handwerkskammer im Februar 2009 wurde ein einheitliches Vorgehen mit den Kreishandwerkerschaften besprochen. Danach weisen die KHn beim Export von Ausbildungsdaten die Externenprüfungen gesondert aus. Weitere Feinabstimmungen mit den KHn sind avisiert.

Beitrag von: Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld, Handwerksbildungszentrum Bielefeld, Vera Grämmel (Projektleitung Talentregion OWL).

An- und Ungelernte bilden bei der öffentlich geförderten beruflichen Weiterbildung und bei der betrieblichen Weiterbildung nach wie vor das Schlusslicht. Trotz der seit rund einem Jahr wieder deutlich steigenden Teilnehmerzahlen bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) wird dieses Instrument deutlich weniger für arbeitslose An- und Ungelernte verwendet. Die Beteiligungsquoten von Beschäftigten an einer beruflichen Weiterbildung steigen mit einer höheren beruflichen Stellung

Teilnahme an beruflicher Weiterbildung bei Erwerbstätigen nach beruflicher Stellung (1979-2003)



Quelle: Berichtssystem Weiterbildung IX. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland, BMBF (Hg.), 2006.

an, daher ist der Anteil bei Fachkräften zum Beispiel schon rund doppelt so hoch wie bei an- und ungelerten Arbeiterinnen und Arbeitern.

Eine aktuelle Auswertung des BIBB (Bundesinstituts für Berufsbildung) einer nationalen Zusatzerhebung zur dritten europäischen Erhebung (CVTS3) kommt außerdem zu dem Schluss, dass die betriebliche Weiterbildung in Deutschland stagniert und in einigen Bereichen sogar rückläufig ist. Obwohl

rund ein Drittel der befragten Unternehmen An- und Ungelernte beschäftigen, nehmen diese bei allen betrachteten Lernformen deutlich geringer teil als die anderen Erwerbsgruppen. An externen Lehrveranstaltungen nehmen nur rund 19% der An- und Ungelernten teil, bei Fachkräften liegt der Anteil bei 44%. An- und Ungelernte sind ebenso beim selbstgesteuerten Lernen oder Lern-beziehungsweise Qualitätszirkeln unterrepräsentiert, während die Unterweisung und/oder Einarbeitung stärker angewendet wird.

Die Nachfrage: Qualifizierungsbedarf aus Sicht der regionalen Wirtschaft

Die aktuelle Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zu Jahresbeginn 2009 weist darauf hin, dass die gegenwärtige Krise in Unternehmen zwar spürbar ist, aber nicht eins zu eins mit Entlassungen der Stammebelegschaft einhergeht. Zudem gibt die Studie Hinweise auf den in einigen Regionen nach wie vor bestehenden Fachkräftebedarf. Prognosen zum künftigen Fachkräftebedarf und übergreifende Unternehmensbefragungen geben erste Hinweise, in welchen Branchen Qualifizierungsbedarf besteht, beziehungsweise wo





es weiterhin Beschäftigungschancen für An- und Ungelernte gibt. Befragungen zur Teilhabe Geringqualifizierter an beruflicher Weiterbildung geben Aufschluss über die aktuelle Qualifizierungspraxis in Unternehmen, zeigen Hemmnisse für die Personalentwicklung von Personen unterhalb der Facharbeiterebene und deuten auf einen Bedarf der Unternehmen nach Unterstützung bei der Qualifizierung im Betrieb. Konkrete Aussagen zum Qualifizierungsbedarf aus Sicht der regionalen Wirtschaft können daraus jedoch nicht abgeleitet werden. Deswegen suchen die regionalen Vorhaben der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ den „direkten Draht“ zu den Betrieben vor Ort. Zugang zu den Unternehmen finden die regionalen Vorhaben über eine intensive Pressearbeit, Veranstaltungen und zielgerichtete Mailingaktionen. Regionale Arbeitsmarktakteure, die als Netzwerkpartner gewonnen werden, wirken dabei als Multiplikatoren. Die Intention des Programms „Perspektive Berufsabschluss“, der Ansatz regionaler Strukturentwicklung und die angebotenen Serviceleistungen rund um die Nachqualifizierung werden breiten-

wirksam über Pressemitteilungen kommuniziert. Über Zeitschriften der Kammern und Innungen, Verbandszeitungen, die Arbeitgebernews der regionalen Arbeitsagenturen und weitere Presseorgane der regionalen Netzwerkpartner können Unternehmen zielgruppengerecht angesprochen werden. Die Präsenz auf Messen ermöglicht erste persönliche Kontakte zu Personalverantwortlichen. Über selbstorganisierte Veranstaltungen und Vorträge kann für das Thema Nachqualifizierung sensibilisiert werden, indem Unternehmen aufgezeigt wird, wie passgenaue Qualifizierung entlang am betrieblichen Bedarf aussehen kann. Ein vielversprechender Weg, um einerseits punktgenau zu informieren und andererseits betriebliche Bedarfe zu eruieren, sind Mailingaktionen. Die im Programm engagierten Institutionen – vertreten sind neben privaten Bildungsanbietern auch Bildungswerke der Kammern, Bildungsträger der Stadt, mit Heidenheim ein Landkreis und die Arbeitnehmerkammer Bremen – verfügen in der Regel über persönliche Firmenkontakte und können auf gut sortierte Adressdatenbanken zurückgreifen. Des Weiteren können für gemeinsame Aktionen auch die Fir-

Regionale Bedarfsanalysen: Erste Ergebnisse aus Nordbayern

In Zusammenarbeit mit WiR, der Wirtschaftsregion Bamberg-Forchheim GmbH, wurde vom regionalen Vorhaben „NANO – Nachqualifizierung Nordbayern“ des Beruflichen Fortbildungszentrums der Bayerischen Wirtschaft (bfz) GmbH Bamberg bereits eine Analyse zum regionalen (Nach-)Qualifizierungsbedarf durchgeführt. Jennifer Naß vom Regionalmanagement WiR fasst die Ergebnisse der Erhebung wie folgt zusammen: „Unsere Bedarfsanalyse von 580 Firmen im Raum Bamberg-Forchheim Anfang dieses Jahres hat gezeigt, dass 71 Betriebe Qualifizierungsbedarf signalisiert haben. Insgesamt sind dabei rund 1 200 Personen betroffen, die in verschiedenen Bereichen weiterqualifiziert werden sollen. 300 davon sind An- und Ungelernte. Damit ist ein Potential für künftige Fachkräfte durchaus vorhanden.“ Handlungsbedarf im Bereich Nachqualifizierung sieht Jennifer Naß in der überdurchschnittlich produktionslastigen Region Bamberg-Forchheim vor allem im produzierenden Sektor. Damit insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen ohne eigene Personalabteilung und mit einer oft sehr schmalen Personaldecke die Qualifizierung An- und Ungelernter in Erwägung ziehen, ist aus ihrer Sicht weitere Aufklärungsarbeit und Transparenz notwendig: „Sehr wichtig sind hier sicherlich persönliche Beratungsgespräche, um die verschiedenen Förderinstrumente bekannt zu machen und die unberechtigte Scheu vor dem Verwaltungsaufwand zu nehmen. Ein ‚Rundum-Sorglos-Paket‘ wäre für diese Unternehmen sehr hilfreich und unterstützend.“ In der Region gibt es bereits eine ganze Palette an Beratungsangeboten für Unternehmen. Zu Fragen der betrieblichen Personalentwicklung etwa

werden Unternehmen von den kommunalen Wirtschaftsförderungen Bamberg und Forchheim, der WiR selbst oder auch durch die Kammern, den Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit sowie durch die regionalen Bildungsdienstleister und die verschiedenen Netzwerke, wie etwa das Netzwerk Migration-Integration oder Frauennetzwerke, beraten. Frau Naß schränkt jedoch ein: „Das klingt zwar viel, doch wenn die Bildungsperspektiven für An- und Ungelernte erweitert werden sollen, dann müssen viele unterschiedliche Akteure hier ansetzen und die Beratungsangebote dringend ausgebaut werden.“ Ein weiteres wichtiges Feld sieht sie darin, Transparenz der Weiterbildungsangebote für Unternehmen und an Weiterbildung interessierte Personen zu schaffen. „Den Ansatz von NANO, eine Datenbank speziell für Nachqualifizierungen zu erweitern, halte ich für eine wichtige Ergänzung!“ Um Nachqualifizierung in der Region zu verankern, haben WiR und NANO auch bereits ein gemeinsames Projekt auf den Weg gebracht. Die WiR plant derzeit eine Nachqualifizierung zum Maschinen- und Anlagenführer, bei der modulare Qualifizierungsbau- steine auch von der IHK anerkannt werden: „Dieses Projekt haben wir ja gemeinsam mit NANO entwickelt. Das zeigt schon sehr deutlich, dass die Netzwerkbildung und Netzwerkbereitschaft sowohl bei NANO als auch bei WiR einen Nutzen gebracht hat.“ Die WiR wird sich im Zuge der regionalen Struktur- entwicklung auch weiterhin für Nachqualifizierung einsetzen. „Nachqualifizierung muss zur Chefsache werden! Nur so bleibt die Region innovationsfähig und wird über die notwendigen Arbeitskräfte verfügen.“



Jennifer Naß (WiR),
Christiane Alter (NANO)

Bedarfsanalysen im Unternehmen vor Ort – ein Beispiel aus Baden Württemberg

Thomas Kempf (Kempf GmbH),
Heinz Dillmann (SeNO)



Die Fördergesellschaft der Handwerkskammer Freiburg mit ihrem Vorhaben „SeNO – Service Nachqualifizierung Oberrhein“ hat einen Weg gefunden, der es ermöglicht, einerseits eine Bedarfserhebung durchzuführen, die den Bedarf in der Region abbildet, und gleichzeitig auch den unmittelbaren Bedarf in einzelnen Betrieben zu ermitteln. Die Bildungsberater von SeNO haben einen Fragebogen entwickelt, der mehrere Aspekte abdeckt. Erfragt werden hierin betriebliche Daten, die Personalstruktur und -entwicklung, die Qualifizierung An- und Ungelernter, der Qualifizierungsbedarf, die Qualifizierungspraxis sowie möglicher Unterstützungsbedarf. Zunächst werden die Betriebe per E-Mail angeschrieben und über das Projekt informiert. In der darauffolgenden Woche werden die Ansprechpartner mit Verweis auf die vorangegangene E-Mail telefonisch kontaktiert und dann wird, wenn möglich und gewünscht, ein Termin vereinbart. Im persönlichen Gespräch vor Ort wird der Fragebogen gemeinsam ausgefüllt. Dieses Vorgehen und die Struktur des Fragebogens ermöglichen es, zum einen quantitativ verwertbare Daten zu erhalten, zum anderen aber auch einen Beratungs- und Qualifizierungsbedarf im Betrieb aufzudecken. Nun ist es möglich, gemeinsam passgenaue Lösungen zu finden. So konnte SeNO auch den Freiburger Metallbaubetrieb Kempf GmbH dabei unterstützen,

einen Weg zu finden, einem jungen Mann über Nachqualifizierung den Zugang zu einem Berufsabschluss zu ermöglichen. Der Geschäftsführer Thomas Kempf berichtet, weshalb er sich für eine Qualifizierung seines Mitarbeiters hin zu einem anerkannten Berufsabschluss entschieden hat: „Fachkräfte sind schwierig zu bekommen, da ist der Rückgriff auf die eigenen ungelerten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sinnvoll. Außerdem möchte ich meinen Kunden qualifiziertes Fachpersonal anbieten. Es bedeutet nämlich auch eine Arbeitsplatzsicherung für die Angestellten. In der Krise werden die Ungelernten immer zuerst entlassen.“ Der Betrieb beschäftigt elf Mitarbeiter, einer davon ist ein 24-jähriger Metallbauhelfer mit bereits vier Jahren Berufserfahrung, für den eine reguläre Ausbildung nicht mehr in Frage kommt. Er hat eine Familie zu ernähren, so dass die Ausbildungsvergütung dafür nicht ausreichen würde. Zudem können ihm viele Vorkenntnisse aus seiner langjährigen Berufserfahrungen bei der Nachqualifizierung angerechnet werden. Sein Chef Thomas Kempf erzählt: „Alle Arbeits- und Berufserfahrungen werden berücksichtigt. Es wurden auch Bescheinigungen über die genaue Tätigkeit von ehemaligen Arbeitgebern ausgestellt. Ich habe erkannt, dass er ein qualifizierter, motivierter Fachhelfer ist und ihm die Chance gegeben, sich nachzuqualifizieren.“

menkontakte von Netzwerkpartnern genutzt werden. Um über Mailingaktionen betriebliche Bedarfe erheben zu können, wurden von den regionalen Vorhaben eigene Fragebögen entwickelt: Abgefragt werden dabei der betriebliche Qualifizierungsbedarf, die aktuelle Qualifizierungspraxis und der Unterstützungsbedarf der Unternehmen bei der Qualifizierung an- und ungelernter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als hilfreich erwiesen haben sich ergänzend durchgeführte Analysen von Stellenanzeigen zu fachlichen und überfachlichen Qualifikationsanforderungen im Helferbereich. Ein umfassendes Bild der regionalen Bedarfslage ergibt sich aus der Zusammenschau mit den verfügbaren offiziellen statistischen Daten und der Einschätzung von Netzwerkpartnern zur Arbeitsmarktsituation und zum regionalen Fachkräftebedarf.

Das Angebot: Qualifizierung für An- und Ungelernte

Unternehmen signalisieren deutlich einen Bedarf nach berufsbezogenen Qualifizierungsangeboten für An- und Ungelernte, die sich gut in die betrieblichen Abläufe integrieren lassen. Um angelernte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schritt für Schritt zum Berufsabschluss führen zu können, sind flexible betriebsnahe Qualifizierungskonzepte gefragt. Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierungsangebote aber sind auf dem Bildungsmarkt bisher kaum verfügbar. Hier setzen die regionalen Vorhaben der Förderinitiative 2 von „Perspektive Berufsabschluss“ an: Im Netzwerk der regionalen Bildungsanbieter und in Zusammenarbeit mit weiteren relevanten Arbeitsmarktakteuren werden gemeinsam maßgeschneiderte Nachqualifizierungsangebote für die jeweiligen Regionen entwickelt. Auf dem Weg dahin werden in einem ersten Schritt die bestehenden Qualifizierungsmöglichkeiten für An- und Ungelernte in einem Bildungskatalog für Nachqualifizierung zusammengefasst. Differenziert nach Berufsfeldern wird das regionale Angebotsspektrum transparent gemacht.

Ausblick

Eine fundierte Kenntnis des regionalen betrieblichen Bedarfs ist also eine zentrale Voraussetzung für die Weiterentwicklung eines passgenauen Nachqualifizierungsangebots. Daher befassen sich alle regionalen Vorhaben der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ mit der Erhebung

der Qualifikationsanforderungen in ihrer Region. Welche Methoden dabei eingesetzt werden können und welche Erfolge damit erzielt werden, wird Thema einer bundesweiten Fachtagung sein. Im Rahmen dieser Tagung werden die bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen regionaler Vorhaben diskutiert. Fachleute aus Kammern und Betrieben stellen die Anforderungen und Möglichkeiten einer systematischen Bedarfserhebung



vor. In Fachforen wird mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis über das Vorgehen und die Ergebnisse der Bedarfserhebung diskutiert. Die Tagung bietet aktuelle Informationen für alle, die sich mit An- und Ungelernten und ihrer Qualifizierung befassen. Sie richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter von Unternehmen, von Bildungsdienstleistern, aus der Berufsbildungsforschung und der Fachöffentlichkeit. Die Veranstaltung wird am 14. Oktober 2009 in Bonn stattfinden.

Ansprechpartnerinnen:

- > **Dominique Dauser**
E-Mail: dauser.dominique@f-bb.de
- > **Natascha Knoll**
E-Mail: knoll.natascha@f-bb.de
- > **Ursula Krings**
E-Mail: krings.ursula@f-bb.de
- > **Eva Schweigard**
E-Mail: schweigard.eva@f-bb.de

Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb)
gemeinnützige GmbH; www.f-bb.de

Schlaglichter aus den Vorhaben



Empirische Ermittlung und Beschreibung des Personenkreises der An- und Ungelernten – Konzeption und Erfahrungen des Bremer Netzwerks Nachqualifizierung

von Herbert Rüb und Birgit Spindler

Das „Bremer Netzwerk Nachqualifizierung“ (BNN) ist ein Kooperationsvorhaben der Arbeitnehmerkammer Bremen und des Instituts für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt-, und Sozialpolitik GmbH (INBAS) sowie weiterer regionaler Partner. Es berät und unterstützt Unternehmen sowie Arbeitsmarkt- und Bildungsdienstleister im Land Bremen bei der Entwicklung und Durchführung abschlussorientierter Nachqualifizierungen. Das BNN vernetzt die regionalen Akteure aus den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung, um die berufliche Nachqualifizierung zu einem Berufsabschluss oder einer anerkannten Teilqualifikation für junge Erwachsene im Land Bremen dauerhaft zu etablieren. Unterstützt von Wirtschaft und Politik soll es die Qualifikationspotenziale der Unternehmen und ihrer Beschäftigten erkennbar machen und so einen substanziellen Beitrag zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs leisten. Wesentliche Grundlagen für dieses Vorhaben sind empirische Ermittlung und Analyse sowohl des Bedarfs als auch der Interessen der verschiedenen Zielgruppen und Adressaten im Bereich der Nachqualifizierung.



Im BNN erfolgt dies im Rahmen eines systematisch angelegten Monitorings mit jährlicher Berichterstattung. Dieses Monitoring soll alle quantitativen und qualitativen Daten und Ergebnisse zum Personenkreis ohne (anerkannten) Berufsabschluss und zu den sogenannten Geringqualifizierten für Wirtschaft und Politik in gebündelter Form bereitstellen. So können zeitnah und passgenau geeignete Politikwege eingeschlagen und wirksame Maßnahmen von Unternehmen eingeleitet werden, um die Fachkräfteentwicklung zu fördern und die Zahl der An- und Ungelernten in Bremen zu senken.

Welche Informationen sind dabei von Interesse? Das Monitoring strebt an, Daten zu den folgenden Merkmalen zu liefern:

- > Alter und Geschlecht;
- > Staatsangehörigkeit/Migrationshintergrund;
- > Schul- und Berufsabschluss (nicht verwertbarer oder nicht anerkannter Abschluss);
- > Beschäftigung und Tätigkeitsbereiche nach Wirtschaftszweigen und -branchen;
- > Arbeitslosigkeit und ihre Dauer;
- > Qualifizierungsbedarfe aus Sicht der Unternehmen;
- > Weiterbildungsbeteiligung von An- und Ungelernten;
- > Zugänge zur Externenprüfung.

Datenlage und Hintergrund

Wie in anderen Regionen gestaltet sich auch in Bremen die Datenlage zum Personenkreis mit nicht ausreichender formaler Qualifikation heterogen und teilweise unvollständig. Spezifizierte regionale und repräsentative Erhebungen stehen nicht zur Verfügung. Wirtschaft und Politik sind für ihre Planungen und Maßnahmen im Wesentlichen auf die

Ergebnisse des Mikrozensus, die Beschäftigtenstatistik sowie die Angaben der Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven, der jeweiligen lokalen Träger für den Bereich des SGB II und weiterer zuständiger Stellen (beispielsweise Kammern) angewiesen.

Ausgewählte Aspekte der quantitativen Datenermittlung

Mithilfe des Statistischen Landesamtes Bremen erfolgt eine Sonderauswertung der jährlichen Mikrozensus-Stichprobe zur Ermittlung und Beschreibung des Personenkreises der erwerbsfähigen Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung im Land Bremen. Diese Auswertung liefert gebündelt Informationen zum Personenkreis und seinen wichtigsten soziodemografischen Eckdaten (beispielsweise Alter, Geschlecht oder Migrationshintergrund) sowie zu den Branchen und Tätigkeitsbereichen. Weiterreichende verallgemeinerbare Aussagen zu Kombinationen von Einzelmerkmalen – etwa zu den Tätigkeitsbereichen in Verbindung mit Wirtschaftszweigen und/oder Migrationshintergrund und/oder soziodemografischen Angaben – ermöglicht der Mikrozensus jedoch nicht. Ein wesentliches Problem ist hier die zu geringe Stichprobengröße, die insbesondere bei Merkmalskombinationen eine hohe Fehlerquote bedingen kann.

Verlässliche Angaben für die Beschäftigten ohne Berufsabschluss liefert im Unterschied hierzu die Auswertung der Beschäftigtenstatistik. Auch hier kann das Bremer Netzwerk Nachqualifizierung von der Unterstützung des Statistischen Landesamtes Bremen profitieren. Es stellt dem BNN die entsprechenden Angaben zum Personenkreis zur Verfügung.

Weniger erfolgreich verliefen bisher Ermittlung und Beschreibung des Anteils der Personen ohne Berufsabschluss an den Arbeitslosen. Zwei Faktoren sind hier entscheidend: Zum einen weist die Bundesagentur für Arbeit seit Ende 2005 für die Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III keine Angaben zum Berufsabschluss mehr aus, zum anderen sind die dem Statistischen Landesamt in Bremen vorliegenden Daten zu den Leistungsempfängerinnen und -empfängern im ALG II-Bezug in dieser Hinsicht noch unvollständig.

Zusammenfassend kann gegenwärtig festgehalten werden, dass die quantitativen Angaben des Monitorings noch unvollständig und verbesserungsbedürftig sind. Insbesondere für die Angaben zu den Arbeitslosen ohne Abschluss erwarten wir jedoch aufgrund der guten Kooperation mit der lokalen Agentur für Arbeit sowie dem Statistischen Landesamt für den Bereich des SGB II in Zukunft umfassendere und weiterreichende Angaben.

Der qualitative Ansatz – Qualifizierungsbedarfe von Unternehmen und ihren Beschäftigten

Fragt man nach den Qualifizierungsbedarfen und den Beschäftigungspotenzialen der Unternehmen für An- und Ungelernte in der Region, helfen die offiziellen Statistiken und Mitteilungen nur beschränkt weiter. Aktuelle repräsentative empirische Untersuchungen zu den Qualifizierungsbedarfen von An- und Ungelernten aus Sicht der Unternehmen liegen für das Land Bremen ebenfalls nicht vor. Daher hat es sich das BNN zur Aufgabe gemacht, die Qualifizierungsbedarfe der Bremischen Unternehmen mit in die Analyse und Berichterstattung aufzunehmen. Aufgrund des Praxisansatzes des Vorhabens sowie der beschränkten Ressourcen soll dies branchenbe-



zogen und in qualitativer Form erfolgen. Wir gingen von der Vermutung aus, dass die Akzeptanz der abschlussorientierten Nachqualifizierung dann von den Unternehmen gefördert wird, wenn die hemmenden und fördernden Faktoren klar identifiziert werden können und die Frage der Nachqualifizierung von An- und Ungelernten in den Kontext der betrieblichen Personalentwicklungsplanung gestellt

werden kann. Hierfür ist ein qualitatives Vorgehen unumgänglich. Mit der Durchführung dieser Analyse wurde das Projekt EQUIB („Ermittlung des Qualifikationsbedarfs in der Region Bremen“) des Instituts für Arbeit und Wirtschaft Bremen (iaw) an der Universität Bremen beauftragt. EQUIB führt seit 1990 Qualifikationsbedarfsanalysen für das Land Bremen durch und kann auf einen umfassenden Befragungspool von Unternehmen zugreifen. Folgende Befragungsthemenschwerpunkte wurden definiert:

- > Personalpolitik für An- und Ungelernte: Stand und Perspektiven in den Unternehmen der ausgewählten Branchen;
- > Qualifizierung und Qualifizierungspotenziale von An- und Ungelernten unter Berücksichtigung von Gender-, Diversity- und Migrationsaspekten;
- > Unterstützungsbedarfe der Unternehmen und Ansatzpunkte für das Bremer Netzwerk Nachqualifizierung.



Um möglichst praxisnah Anknüpfungsmöglichkeiten für das BNN zu identifizieren, wurden unter regionaler Schwerpunktsetzung sowohl „typische“ Beschäftigungsbranchen für An- und Ungelernte als auch Wachstumsbranchen in das Untersuchungssample aufgenommen. Betriebliche Expertengespräche wurden in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Handwerk (Metall-, Elektro- und SHK-Handwerk), in der Windenergiebranche sowie ergänzend

in Logistik- und Zeitarbeitsunternehmen durchgeführt und mit überbetrieblichen Expertengesprächen flankiert. Die Felderhebung erfolgte im Winter 2008/2009, die Ergebnisse wurden im April 2009 vorgelegt. Sie bilden den qualitativen Bestandteil des angestrebten Monitorings und sollen zukünftig fortgeschrieben werden.

Fazit und Ausblick

Die vom BNN gewählte Form einer empirischen Berichterstattung soll quantitative und qualitative Daten und Ergebnisse für Wirtschaft und Politik in gebündelter Form bereitstellen, um zeitnah und passgenau geeignete Politikwege einschlagen und wirksame Qualifizierungsmaßnahmen von Unternehmen einleiten zu können. Ziel ist, die Fachkräfteentwicklung in Bremen weiter zu fördern und dabei die Zahl der An- und Ungelernten in Bremen zu senken. Erwartet wird, dass sich die skizzierten Probleme der quantitativen Beschreibung des Personenkreises im Projektverlauf verbessern. Nötig ist dies vor allem im Bereich der arbeitslosen An- und Ungelernten. Hier sind verlässliche Angaben der Bundesagentur für Arbeit sowie der Träger im Bereich des SGB II für eine regionale Planung und Steuerung, aber auch für eine Aktivierung und Qualifizierung des Personenkreises und seine Integration in ungeforderte Beschäftigung unerlässlich.

Ansprechpartnerin und -partner:

> **Birgit Spindler**
E-Mail: spindler@bnn-bremen.de

> **Herbert Rüb**
E-Mail: rueb@inbas.com

Bremer Netzwerk Nachqualifizierung
www.arbeitnehmerkammer.de/bildung/bremer-netzwerk-nachqualifizierung

Konzeptionelle Überlegungen für ein empirisch basiertes Übergangsmontoring

von Hans-Dieter Metzger

Problemlage

Es gehört zu den zentralen Aufgaben des Regionalen Übergangsmontoring Nürnberg, vor Ort Wissen über die Einmündungswege Jugendlicher und junger Erwachsener in den Beruf zu sammeln und aufzubereiten. Ziel ist es, mehr Transparenz zu schaffen und das gewonnene Wissen einerseits für Steuerungszwecke bereitzustellen, andererseits die Öffentlichkeit für diese Gelenkstelle zu sensibilisieren. Bekanntlich sind die Übergangsverläufe aufgrund einer seit Jahren anhaltenden Diskrepanz zwischen Ausbildungsnachfrage und Ausbildungsplatzangebot für viele junge Menschen schwierig geworden. Systematisch erlangte Kenntnisse über die Übergangsverläufe, insbesondere von sogenannten Risikogruppen (vgl. etwa BIBBreport 2/2008, Bundesbildungsbericht 2008), sollen Aufschluss darüber liefern, unter welchen Umständen jungen Menschen nach der Beendigung der allgemeinbildenden Schule der Einstieg in die Ausbildung gelingt oder nicht gelingt. Dabei ist es notwendig, den divergierenden regionalen oder kommunalen Bedingungen volle Aufmerksamkeit zu schenken, da diese über die Zukunftschancen von jungen Menschen mitentscheiden, und zugleich auch die Voraussetzungen für Erfolg versprechende Interventionen darstellen.

Bei der Umsetzung eines solchen Vorhabens stößt man jedoch auf gravierende Schwierigkeiten. Zwar liegen eine Vielzahl von amtlichen und halbamtlichen Daten im Bereich des Übergangs vor, zum Beispiel die Zahlen von Schulabgängern nach erreichtem Schulabschluss, die Eingänge von Schülern in die beruflichen Schulen oder auch Staatsbürgerchaftszugehörigkeiten, allerdings lassen sich diese aggregierten Daten wegen der unterschiedlichen regionalen Zuständigkeit (Schulsprengel) nicht ohne Weiteres aufeinander beziehen. Bedacht werden muss auch, dass Städte wegen der oftmals höheren Dichte an attraktiven Ausbildungsbetrieben Jugendliche aus einem weiten Umkreis anziehen, und somit in die Ausbildungsstatistik eine hohe Zahl an schwer bezifferbaren Einpendlern eingeht. Wegen unterschiedlicher Grundgesamtheiten und zusätzlich divergierender Erhebungszeitpunkte sind aber auch die Ausbildungsverzeichnisse der Kammern beziehungsweise die Statistiken der Regionaldirektion der Arbeitsagentur mit den Schuldaten nicht kompatibel.

Diese Ausgangsbedingung hat dazu geführt, dass man zur Erhebung verlässlicher Verlaufsdaten in einigen Kommunen auf das Mittel der flächendeckenden Schülerbefragung an den beruflichen Schulen zurückgreift. Ein solches Verfahren, wird es regelmäßig durchgeführt, ist durchaus zielführend aber personell aufwendig. Für Nürnberg stellt sich deshalb die Frage, ob nicht durch eine Kombination der beschriebenen Daten mit den zusätzlich „vor



Ort“ verfügbaren Informationen eine Zusammenschau auf kommunaler Ebene gelingen kann, die eine Verlaufsdarstellung sowohl an der ersten Schwelle von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung als auch an der zweiten Schwelle, dem Eintritt ins Erwerbsleben, gestattet.

Daten zum Übergangsgeschehen in Nürnberg

Welche zusätzlichen Informationen sind in Nürnberg verfügbar?

Neben den Schulverwaltungsdaten, amtlichen Statistiken sowie den Daten der Arbeitsverwaltung und der Kammern verfügt Nürnberg über die Erhebungen der kommunalen Übergangsberatungen SCHLAU („Schule – Lernerfolg – Ausbildung“), QUAPO („Qualibegleitende Hilfen und Ausbildungsplatzoffensive für Jugendliche der Nürnberger Südstadt“) und BALL („Beratung und Unterstützung aller Nürnberger Hauptschüler beim Übergang ins berufliche Bildungssystem“) sowie die Daten der staatlichen Schulverwaltung zur „Versorgung der Schulabgänger“. Ein besonderer Vorteil ist, dass fast alle beruflichen Schulen in städtischer Trägerschaft sind und die Kommune auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur, den Kammern und der staatlichen Schulverwaltung aufbauen kann.

**Abb. 1: Vom Plan zur Einmündung
Nürnberger HS-Absolventen 2008**

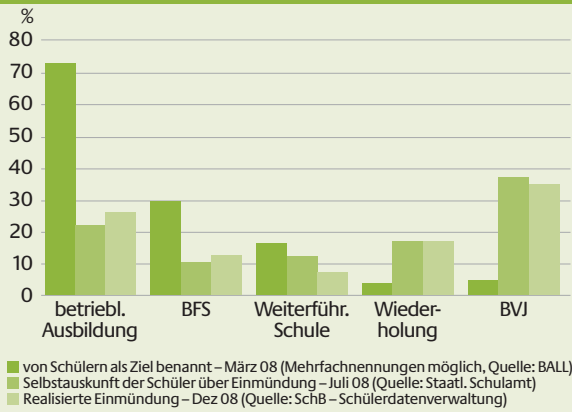
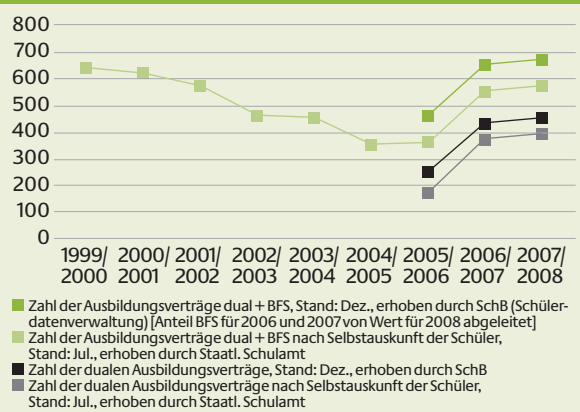
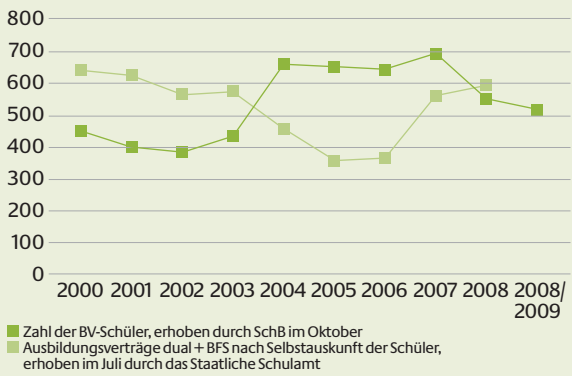


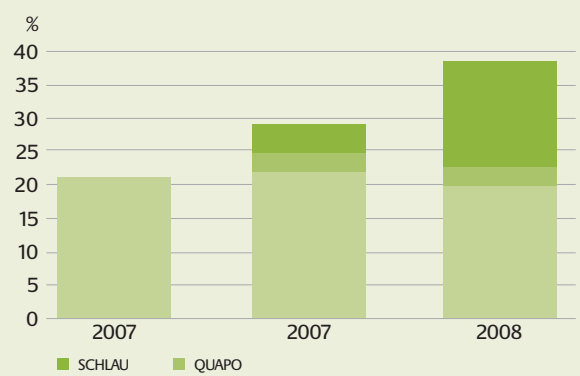
Abb. 2: Anschluss Ausbildung von Nürnberger HS-Absolventen 9. Jg.-Stufe in absoluten Werten



**Abb. 3: Verhältnis Nachfrage BVJ/Zahl der Ausbil-
dungsverhältnisse im unmittelbaren Anschluss an
Nürnberger Hauptschule (absolute Werte)**



**Abb. 4: Einmündung in Ausbildung direkt nach
Abschluss einer Nürnberger Hauptschule
(m. Anteilen der kommun. Übergangsberatungen SCHLAU und QUAPO)**



Das Bildungsberatungsangebot der Koordinierungsstelle SCHLAU erstreckt sich über einen Beratungszeitraum von mehr als achtzehn Monaten. Aufgrund dieser zeitlichen Ausdehnung geben die personalisierten Daten differenziert Auskunft über individuelle Prozesse der Berufsfindung, die Relevanz schulischer und außerschulisch erworbener Kompetenzen sowie herkunfts- oder geschlechtsbedingte Chancenrealisierung von Nürnberger Hauptschülerinnen und -schülern. Das mit SCHLAU kooperierende Angebot BALL bietet darüber hinaus allen Schülerinnen und Schülern der Haupt- und Förderschulen ein halbes Jahr vor Schulabgang ein obligatorisches einmaliges und individuelles Beratungsgespräch, aus dem die Daten zu Berufswunsch und Einmündungsperspektiven herausgezogen und gesammelt werden. Im letzten Monat des Haupt-

schulbesuchs führt das Staatliche Schulamt eine Befragung aller Jugendlichen zur (geplanten) Einmündung nach Abgang von der Schule durch. Das städtische Amt für Berufliche Schulen erfasst im Zuge der Klassenbildung die Einmündungen in die duale Ausbildung, in die vollqualifizierenden Berufsfachschulen, in die schulischen Übergangsangebote sowie in Maßnahmen der Arbeitsagentur und der ARGE.

Jede der angesprochenen Datensammlungen dient ihrem besonderen Zweck. Die Koordinierungsstelle SCHLAU nutzt ihre Daten, um mithilfe der erstellten Bewerbungsprofile und im Zusammenwirken mit der Berufsberatung und den Ausbildungsberatern der Kammern die Vermittlung der Jugendlichen in Ausbildung voranzutreiben. BALL gibt den jungen Menschen nach dem Halbjahreszeugnis auf

ihrem Weg in die Ausbildung eine Orientierungshilfe, nutzt die Informationen aber auch, um die Angebote der Berufsschule im nächsten Schuljahr bedarfsgerecht zu planen. Die Juli-Erhebung des Staatlichen Schulamts gibt Aufschluss über den Erfolg der an der Einzelschule betriebenen Berufsorientierung und dient so in Kombination mit dem Nürnberger Portfolio, dem für Nürnberg entwickelten „Berufswahlpass“, als eine Art Monitor für den Schulentwicklungsprozess. Bis zum Stichtag der Klassenbildung (Oktober) des ersten Berufsschuljahres prüft das kommunale Amt für Berufliche Schulen auf der Grundlage der vom Staatlichen Schulamt übermittelten Schülerdaten und unter Berücksichtigung von Auspendlern und Übertritten an Privatschulen die Erfüllung der im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz vorgeschriebenen Berufsschulpflicht.



Es stehen damit Informationen in einer solchen Dichte und Breite zur Verfügung, dass sich ein stimmiges Gesamtbild zusammenfügen lassen sollte, denn alle Datensätze kombiniert erlauben eine Verfolgung der Bildungsbiografien von der Ausbildungsplanung über die Zwischenbilanz vor Schulabschluss bis zur Reflexion der eigenen Situation rund sechs Monate nach Abgang von der allgemeinbildenden Schule [Abb. 1]. Nach einem Abgleich mit den Ausbildungsrollen der Kammern und der Arbeitsagentur ist auch eine vollständige Abbildung des Verbleibs des jeweiligen Hauptschuljahrgangs möglich [Abb. 2]. Eine Darstellung der Einmündungen zwölf beziehungsweise 24 Monate nach Abgang von der Hauptschule wird derzeit mit den Kammern erarbeitet. Einsichtig gemacht werden können die direkten Wechselwirkungen zwischen steigenden Ausbildungsverhältnissen und rückläufiger Inan-



spruchnahme des schulischen Übergangsangebots Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) einerseits und dem Eintritt in Ausbildung andererseits [Abb 3]. Belegbar wird schließlich die Effektivität kommunaler Übergangsberatung und -begleitung [Abb. 4].

Fazit

Die Vorteile des in Nürnberg entwickelten Verfahrens zur Darstellung der Übergangssituation vor Ort liegen auf der Hand. Die aus Daten der Akteure vor Ort generierte Darstellung des Verbleibs von (Haupt-)Schulabsolventen ist nicht nur belastbar und fortschreibungsfähig. Vielmehr verfügt sie aufgrund der Beteiligung aller relevanten Partner über jenes Maß an Autorität und Akzeptanz, das für eine steuernde Intervention Voraussetzung ist. Die vom Programm „Perspektive Berufsabschluss“ geforderte und geförderte Netzwerkbildung erweist sich damit – neben anderen Arbeitsvorhaben wie die Erstellung einer Internetplattform zu den Angeboten des Übergangsmanagements und -systems, den niederschweligen Elternbriefen oder dem Multiplikatorenprogramm – gerade auch im Hinblick auf das Monitoring als unverzichtbare Grundlage der Projektarbeit des Regionalen Übergangsmanagements Nürnberg.

Ansprechpartner

> **Dr. Hans-Dieter Metzger**
E-Mail: hans-dieter.metzger@stadt.nuernberg.de

Regionales Übergangsmanagement Nürnberg
<http://www.uebergangsmanagement.nuernberg.de>

Das Instrument der Externenprüfung erfolgreich nutzen!

von **Beate Kramer**

Zentrales Ziel der jungen Menschen in einer beruflichen Nachqualifizierung ist der Berufsabschluss. Die Zulassung als externe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Abschluss- oder Gesellenprüfung ist im Berufsbildungsgesetz beziehungsweise in der Handwerksordnung grundlegend geregelt. Entsprechend wird in den zuständigen Stellen in jedem Einzelfall geprüft, ob entweder die vorgeschriebene Zeit der Berufstätigkeit oder die erforderliche berufliche Handlungsfähigkeit nachgewiesen werden kann. Um ihre Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Weg zum Externenabschluss gezielt unterstützen zu können, arbeiten die regionalen Vorhaben der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ eng mit den Kammern vor Ort zusammen.

Das Begleitvorhaben der Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk e. V. (ZWH) zur Förderinitiative 2 dient dazu, mit allen in die regionalen Vorhaben eingebundenen Kammern geeignete Kriterien, Empfehlungen und Good Practice Beispiele herauszuarbeiten, die den Prozess der Zulassung zur Externenprüfung wirkungsvoll unterstützen können. Die Beachtung dieser Hilfen durch die Beteiligten soll dazu beitragen, die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss der Prüfung deutlich zu verbessern. Viele Kammern sehen es mit Blick auf die künftige Sicherung der Fachkräfte als notwendig an, das Instrument der Externenprüfung für die Zielgruppe der Ungelernten erfolgreicher zu nutzen.

Das Begleitvorhaben umfasst drei Arbeitsschwerpunkte:

- > **Analyse konkreter Problemstellungen und Lösungsansätze;**
- > **Erarbeiten von Verfahrensempfehlungen;**
- > **Transfer und Optimierung.**

Analyse konkreter Problemstellungen und Lösungsansätze

In der ersten Phase wird herausgestellt, wie die Kammern generell vorgehen, um die Voraussetzungen für die Zulassung zur Externenprüfung zu ermitteln, und welche Probleme und Lösungsansätze sich dabei zeigen. Die Analyse soll deutlich machen, zu welchen Problemstellungen im Zulassungsprozess zur Externenprüfung von den Kammern Anregungen und Unterstützung als besonders hilfreich angesehen werden. Die Datenerhebung erfolgt über leitfadengestützte Interviews mit den von den Kammern benannten Ansprech-



partnerinnen und Ansprechpartnern. Dazu erfolgt eine Rückkopplung mit den regionalen Vorhaben.

Erarbeiten von Verfahrensempfehlungen

Die Analyseergebnisse müssen in der zweiten Phase in Workshops mit den Kammern diskutiert werden, um Ansatzpunkte für die Erarbeitung von Verfahrensempfehlungen zu erhalten. Dazu sollen ausgewählte Expertinnen und Experten der Kammern eingebunden werden, die bereits über tragfähige Lösungsstrategien verfügen. Ziel ist die Entwicklung von Handreichungen mit Empfehlungen und guten Praxisbeispielen, die geeignet sind, den Prozess der Zulassung zur Externenprüfung zu unterstützen und die Transparenz zu erhöhen.

Transfer und Optimierung

Die Verfahrensempfehlungen und Handreichungen für die Zulassung zur Externenprüfung sollen dann in den regionalen Projekten umgesetzt und evaluiert werden. Anhand der dabei gewonnenen Erkenntnisse erfolgen Optimierung und Qualitätssicherung. Die optimierten Handreichungen sollen allen interessierten Kammern bundesweit zur Verfügung gestellt werden, um ein vergleichbares, transparentes Vorgehen bei der Zulassung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Externenprüfung zu ermöglichen.

Ansprechpartnerin

- > **Dr. Beate Kramer**
E-Mail: bkramer@zwh.de

Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk (ZWH)
www.zwh.de

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

